

Sozialdezernent Carsten Müller lobt den Entschluss der neuen Koalition, die bestehenden Optionsmodelle zu entfristen

Endlich habe das unwürdige Hick-Hack um die Optionskommunen ein gutes Ende gefunden. „Die Mitarbeiter und die Menschen haben nun die Sicherheit, dass das Erfolgsmodell Optionskommune im Kreis Offenbach fortgesetzt werden kann und das ist gut so.“ Mit diesen Worten kommentierte Sozialdezernent Carsten Müller die Aussagen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP zur Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze durch die Kommunen. In dem unlängst unterzeichneten Koalitionsvertrag haben die neuen Regierungsparteien im Bund den unbefristeten Bestand der Optionskommunen, in denen die Landkreise und kreisfreien Städte die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in Eigenregie wahrnehmen, vereinbart. Davon sind in Hessen die Landeshauptstadt Wiesbaden und zwölf Landkreise betroffen, darunter auch der Kreis Offenbach.

„Das ist ein gutes Signal für uns als Optionskommune und eine Bestätigung unserer seit 2005 geleisteten sehr guten Arbeit in Sachen Vermittlung, Qualifikation und Weiterbildung. Aber natürlich können endlich auch unsere Angestellten der Pro Arbeit aufatmen. Ihre hervorragende Arbeit, ihr täglicher Einsatz im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit und ihr großes Engagement hat sich gelohnt“, lobt Müller die Entscheidung. Die Mitarbeiter aber auch die Behörde hätten nun die dringend benötigte Planungssicherheit.

Gleichzeitig kritisierte Müller, dass die neue Bundesregierung das Gesetzespaket nicht konsequent zu Ende gebracht habe. Müller: „Viele wollen wie wir optieren. Doch sie haben nicht die Möglichkeit dazu.“ Hier müsse es auf Bundesebene ein Umdenken geben, machte der Kreisbeigeordnete deutlich. Im Koalitionsvertrag sei von einer Neuordnung im Sinne der Menschen die Rede. Umso unverständlicher sei es, dass die Option nicht geöffnet werden soll.

„Die Optionskommunen haben fünf Jahre lang unter Beweis gestellt, dass sie innovative Ansätze verfolgen und zielgerichtet und erfolgreich vermitteln können“, betonte Müller abschließend. „Die Koalitionspartner sind daher aufgefordert, die Option endlich zu entfristen und unbegrenzt zu erweitern, damit auch andere Kommunen sich dafür entscheiden können, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in Eigenregie zu organisieren.“